„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

18. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 4. Februar 1925 | 12 Seiten | Nummer 43

Amerikanischer Botschafter über die Tüchtigkeit des deutschen Volkes

Für ein friedliches Europa.

Berlin, 30. Januar. — Der amerikanische Luncheon Club von Berlin gab gestern Abend zu Ehren von Freiherr von Maltzan, dem neuen Botschafter bei den Ver. Staaten, im Hotel Adlon ein Festessen. Unter den Teilnehmern waren 150 Mitglieder der amerikanischen Kolonie. Der amerikanische Botschafter Houghton, welcher einen Trinkspruch auf Maltzan ausbrachte, hob hervor, daß dies wahrend seiner ganzen Botschafterzeit seine einzige öffentliche Rede sei. Er entwarf ein lebhaftes Bild von Deutschlands Heimsuchungen während seiner Amtszeit. Er lobte die heldenmütigen Bemühungen der Deutschen zur Bekämpfung dieser Wirrnisse. „Dann kam die Wendung," bemerkte der Botschafter. „Die Annahme des Dawes Plans vorigen Sommer brachte das Wunder, das wir heute feiern. Ein Deutschland läßt ohne Kriegslosigkeit, ein Land, das sich wie wir glauben, auf dem Wege zu wirtschaftlicher Gesundung und zu einer blühenden Zukunft befindet." Und zwar nicht durch Waffengewalt, sondern durch jene unbezwingbaren Eigenschaften des deutschen Volkes, die fähig in einem Europa des Friedens zur höchsten Entwicklung zurückkehren vermögen.

Am Schlusse lobte der Botschafter Freiherrn von Maltzan, weil er den eitrigen Wunsch habe, die Beziehungen zu Amerika auf einer dauernden Friedensgrundlage wieder aufzubauen.

In seiner Erwiderung bemerkte Maltzan: „Amerika hat uns wieder auf unsere Füße gestellt. Die Namen von Houghton, Hughes, Dawes und Owen Young werden in der deutschen Geschichte für immer zur Buch über Amerika stehen." Houghton verläßt Berlin Ende Februar, zu verlassen. Er tritt seinen Londoner Posten Mitte März an.

Türkey vertreiben den Patriarchen von Konstantinopel

Griechenland bricht diplomatische Beziehungen zu Angora ab.

Athen, 2. Februar. — Griechenland lehnte die diplomatischen Beziehungen mit der Türkei. In Athen ertönte Kriegsgerede, weil die Regierung von Angora das ökumenische Patriarchat vertrieb, welches die orthodoxe Kirche seit sieben Jahrhunderten in Konstantinopel vertrat. Im griechischen Volk gab große Entrüstung aus. In der Deputiertenkammer ereigneten sich leidenschaftliche Szenen. Abgeordnete riefen „Nieder mit der Türkei". Der vormalige Kriegsminister Fangalos erklärte in einer Rede, der Türkei könne nur durch Waffengewalt Vernunft beigebracht werden. Wahrscheinlich wird jedoch gegen die Vertretung beim Völkerbund und ausgeschlossen bei anderen Nationen, darunter die Ver. Staaten, Beschwerde erhoben. Das Land ist in Trauer. Die Vertreibung des Patriarchats in Konstantinopel geht aus dem Entschluß der Türken hervor, die orthodoxe Kirche in der Türkei auszurotten.

Auf der Lausanner Konferenz versprachen die Türken, welche die Griechen im Kriege besiegt hatten, das Patriarchat zu achten. Nach kurzem Leugnen gegen das Patriarchat suchten der Erzbischof von Canterbury und andere Leiter christlicher Kirchen die britische Regierung zu einem Eingreifen zu veranlassen.

Der ausgewiesene Patriarch und sein Stab traten auf griechischem Boden ein, mit großer Verehrung empfangen. Die griechische Kirche bemüht sich um Zügelung der Hitzköpfe, die nach Krieg schreien, und entwirft einen Protest an die Nationen der Welt. Griechenland ist zur Führung eines neuen Krieges nicht imstande. Der griechische Geschäftsträger in Angora wurde abberufen.

Der neue russische Kriegskommissar

Moskau, 2. Februar. — Der Exekutivausschuß der kommunistischen Partei hat das Dekret veröffentlicht, in welchem die Amtsentbehung Trotzkys als Kommissar für Heer und Flotte ausgesprochen und M. W. Frunse der bisherige Hilfskommissar, zu seinem Nachfolger ernannt wird.

Wahlgerüchte schwirren durch die Luft

Die einen sprechen von Dominion- und die anderen von Provinzialwahlen. Vielleicht finden im Laufe dieses Jahres noch beide statt. Aber sei dem, wie ihm wolle, wir müssen uns auf alle Fälle darauf rüsten und vorbereiten. Wir Deutschcanadier dürfen uns nicht von unseren Gegnern überrumpeln lassen, sondern müssen uns schon rechtzeitig darüber klar werden, mit welchen Forderungen wir an die Parteien und an die Kandidaten herantreten wollen. Nur wer uns bestehende Zugeständnisse und bestimmte Zusicherungen macht, kann auf unsere Unterstützung rechnen. Die Zeit muß vorbei sein, da man uns mit leeren Versprechungen, mit Schmeicheleien und Mammonsspenden abspeist. Es geht um mehr als um einige materielle Vorteile, um einige Posten und Pöstchen.

Es geht um die volle Gleichberechtigung der Deutschcanadier im öffentlichen Leben.

Es geht um die Schulfrage und um die deutsche Muttersprache. Es geht um die gerechte Berücksichtigung von Leuten unserer Abstammung bei Besetzung amtlicher Stellungen: Freiheit und Gerechtigkeit fordern wir mit aller Entschiedenheit. Wir wollen nicht mehr das Aschenbrödel der anderen sein. Das Liebäugeln und Anbiedern, das Kriechen und Schweifwedeln haben unserem Ansehen und unserer Sache in der Vergangenheit nur geschadet. Denn so mancher, der uns schöne Worte ins Gesicht sagte, verachtete uns im tiefsten Herzensgrunde und hätte uns am liebsten in das Pfefferland gewünscht, wenn er uns nicht für seine Zwecke gebrauchen und mißbrauchen hätte können.

Müssen wir uns nicht wie arme Schlacker vorkommen, wenn wir unsere rechtliche und politische Lage mit der Lage unserer deutschen Landsleute in manchen anderen Teilen der Welt vergleichen?

Soll das so bleiben?

Von anderen eine Aenderung dieses Zustandes zu erwarten, wäre Torheit und Vermessenheit. Was wir uns nicht durch eigene Kraft, durch eigenen Fleiß und durch eiserne Geschlossenheit erwerben, werden wir niemals erringen. Der erste Schritt auf dem Wege zu diesem Ziele ist die Verbreitung des „Courier". Erst wenn jede deutschsprechende Familie im canadischen Westen unser Blatt abonniert und liest, dann sind wir eine Macht, mit der man an allen Regierungsstellen rechnen muß. Wohlgemerkt, aber nur durch Verbreitung unserer deutschcanadischen Presse! Deutsche Blätter aus den Ver. Staaten, mögen sie im übrigen noch so gut sein, nützen uns nichts, wenn es gilt, für das Recht, die Freiheit und Gerechtigkeit unserer deutschcanadischen Sache zu kämpfen. Darum sorgt dafür, daß zuerst der „Courier" in jedem deutschen Hause vom Stillen Ozean bis an die Großen Seen zum wöchentlichen Gaste wird!

Werbt neue Leser! Verdoppelt und verdreifacht die Abonnentenzahl des „Courier", der die kräftigste Stütze und der mutigste Vorkämpfer für das Deutschtum in Westcanada ist!

Grain Growers für Verschmelzung mit der Farmers' Union

Große Konvention in Regina

Annahme von wichtigen Resolutionen und Beschlüssen

Regina. — Ungefähr 1000 Gäste und Delegaten hatten sich in der letzten Woche in Regina eingefunden, um hier in der großen Jahresversammlung der Saskatchewan Grain Growers' Association teilzunehmen.

Am Dienstag, 27. Januar, nahm die Tagung mit den jährlichen Begrüßungsansprachen ihren Anfang. Als Vertreter der Provinzial Regierung war der Landwirtschaftsminister Hon. C. M. Hamilton erschienen, der in seiner Rede nachdrücklich die hohen Tarife als schädlich für Westcanada bezeichnete. Diese Tarife seien viel zuviel und Unebenheit zwischen dem Osten und dem Westen geschaffen. Die Transportschwierigkeiten hätten schon mehr als einmal das Werk der Väter der Federation gefährdet. Aber dennoch sei es töricht, auf der Kostenrechnung des Westens vom Osten oder auf eine Ausbeutung des Westens durch die Vereinigten Staaten zu drohen. Denn dadurch werde wenig gewonnen und man vergeude nur Zeit und Energie, wenn man sich mit solchen Plänen befasse. — Auch Bürgermeister Mason von Regina ergriff das Wort, um die Convention im Namen der Stadt willkommen zu heißen.

Dann hielt

der Präsident der Grain Growers, Geo. Edwards,

seine Rede. Er meinte, es sei sehr schwierig, zu entscheiden, ob die Farmer sich im allgemeinen heuer in einer günstigeren Lage als im vorigen Jahre befinden. Einige Teile der Provinz hätten glücklicherweise eine gute Ernte gehabt und dazu noch einen guten Preis für ihre Produkte erhalten. In den ausgetrockneten Gebieten von Saskatchewan seien aber auch die Farmer andererseits in einer sehr unsicheren Lage und zwar derart, daß die Vereinigung es für notwendig befunden habe, eine Hilfsaktion für die Notleidenden zu unternehmen. Was die Weizenpreise anlange, so sei ihr außergewöhnliches Steigen zur jetzigen Zeit wohl zum Teil auf die Weltknappheit an Weizen zurückzuführen, aber wohl auch dem berüchtigten Einfluß des Wheat Pool zuzuschreiben. Es sei aber ein Irrtum, anzunehmen, daß der Wheat Pool zu einem Jahre entstanden sei. Schon seit 23 Jahren seitdem diese Organisation bestehe, habe man Schritt für Schritt an der Lösung des Vermarktungsproblems gearbeitet. Es sei hier wie auch in anderer Beziehung der wirkliche Fortschritt vollziehe sich nicht auf dem Wege der Revolution, sondern durch der Entwicklung. Die Farmer könnten wohl gute Organisationen haben, aber es dauere oft lange Zeit, bis sie einen sichtbaren Erfolg erringen könnten. Eine neue Organisation könne daher auch nicht mehr leisten als eine gute. Daher wäre es traurig, wenn man, tut die verschiedenen Farmerorganisationen in Canada nicht einen gemeinsamen Boden finden würde. Dennoch wäre für die Farmerbewegung geradezu verhängnisvoll, wollte sie sich an einer Partei, zum teils feindlichen Gruppen, anschließen, die ihrer Sache mehr schaden als nützen würden. Das was bereits geschaffen sei, solle nicht zerstört werden, oder alle Mühe, ihre Kraft für eine einheitliche und starke Farmerorganisation zu verlieren. Dann und nur dann könnten die größten Resultate erzielt werden zum Besten der landwirtschaftlichen Bevölkerung und des ganzen Landes.

Die Lage der Farmerschaft des Westens sei keineswegs befriedigend und man sollte meinen, daß diese Tatsache allen Gesetzes- und Regierungskreisen Canadas bekannt sei. Aber die Regierung scheine den Problemen des dem Westen zu geben und zu hoffen, daß sich eine wunderbare Weise die Verhältnisse sich von selbst bessern würden. Die amerikanische Regierung hingegen habe mit lebhaftem Interesse und mit ernster Sorge sich um die landwirtschaftlichen Fragen gekümmert und den Farmern auf jede mögliche Weise geholfen. Der canadische Westen habe die Ueberzeugung, daß er von der canadischen Regierung niemals gerecht behandelt worden sei. Während man die Industrie gefördert habe, habe man gleichzeitig alle Kräfte der Farmerschaft aufgebraucht. Die Entwicklung der westlichen Provinzen und der jetzige Zustand könnt der starken Verschuldung vieler Farmer seien so entmutigend, daß viele die Farm verließen. Das seien nun die Folgen der nationalen Politik, die man in Ottawa betrieben habe. Der Schutzzoll habe am stärksten die Entfaltung des Westens verhindert und daher müsse mit aller Kraft auf die Revision des Nationalzolltarifs hingewirkt werden. Unter dem empfehlenden Verhältnissen sei es schwer, die nationale Einigkeit Canadas aufrechtzuerhalten. Denn es sei schwer, die gefühlsmäßigen Verknüpfungen und Bindungen, so stark sie auch seien, auf die Dauer zusammenzuhalten, wenn gewisse Teile und Klassen des Landes des stets zu Gunsten der anderen mit wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten belastet wurden. Trotzdem glaube er nicht, daß der Westen im Grunde daran denke, sich von Canada zu trennen, wenn er nur eine gerechte Behandlung erfahre. Nicht zum Mindesten die drohenden Gefahren immer seien seien die Feinde des Landes, sondern jene, die an einer Politik festhalten, die unvermeidlich zur Trennung führen müsse.

Sehr große Verstimmung sei im Westen infolge der einseitigen Kündigung des Dawes Reparationsvertrages entstanden. Es sei sehr zweifelhaft, ob einer einzigen Kriegsdienstpflicht zu schaffen, der sehr unerfreuliche Folgen haben könne. Der Bau der Hudsons Bay Bahn sei in den letzten 10 Jahren von den beiden großen politischen Parteien versprochen worden. Das Nichthalten dieser Versprechen habe das Vertrauen des Volkes in die Politiker, deren Wahl erschüttert. Wenn die politischen Parteien die Einhaltung ihrer Versprechen als eine heilige Pflicht betrachten würden, dann hätten wir ein viel gesünderes politisches Leben als es es es es tatsächlich haben. Sie aber kochen wir darüber, wenn uns eine politische Partei ihre Plattform vor der Wahl vorlegt. Die jetzige canadische Regierung ist moralisch verpflichtet, die Hudsons Bay Bahn sofort zu vollenden und die landwirtschaftlichen Kreise drängen dringend die Herabsetzung der Transportkosten.

Es ist, so erklärte Geo. Edwards weiterhin, ein großer Irrtum, wenn jemand glaubt, daß wir noch einmal zu den Verhältnissen der Vorkriegszeit zurückkehren könnten. Wir hatten vor dem Kriege nicht nur Perioden der Prosperität, sondern auch Perioden der Depression. Das schwierigste Problem war damals wie heute das Problem der Getreideverteilung. Zu dieser Frage hat der kartelmäßige Sektor gründlich verfehlt. Die Farmer können zur Lösung dieses Problems durch gewissenhaftes Studium und Verfahren beitragen, aber die canadische Regierung

(Fortsetzung auf Seite 4)

Ungarn sträubt sich gegen einseitige Rüstungskontrolle

Protest jedoch erfolglos.

Genf, 2. Februar. — In einem amtlichen Protest an den Völkerbundsrat hat Ungarn erklärt, daß das Land im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Unterstützung seiner Abrüstungen ungerecht behandelt werde. Einleitend wird darauf hingewiesen, die Ernennung des Amerikaners Jeremiah Smith von Boston zum Liga Kommissar für Ungarns finanziellen Wiederaufbau, ein Schritt gegangen, der Hoffnung auf das Wirken der Liga im Geiste der Allgemeinheit angeraten hatte.

Die Budapester Regierung bestreitet auf dem Recht der Vertretung in der Untersuchungskommission, doch ist ihr Ansuchen von dem Ligarat abgelehnt worden.

Ungarn erhob Einspruch gegen die Zulassung von Vertretern der Nachbarlander in den geplanten Untersuchungen, während Ungarn selbst ausgeschlossen sei. Durch das Ligastatut sei dem Lande das Recht gegeben, zu der Erörterung von allen Angelegenheiten, die ungarische Interessen betreffen, beizuziehen. Seitdem der Friedensvertrag diese Berechtigung umstoßen, wurde dadurch die moralische Grundlage der Liga untergraben werden. Ungarn befürwortete alle Untersuchungen technischen Vertretern aus neutralen Staaten zu übertragen. Die ablehnende Entscheidung des Ligarats aber werde den Eindruck geben, daß sie von den Siegern allein unternommen sei.

Die Wichtigkeit des ungarischen Protestes liegt darin, daß die Entscheidung des Ligarats einen Präzedenzfall für einen gleichen Schritt im Falle der Untersuchung von Deutschlands Rüstungslage bildet. In seiner Antwort an Ungarn hat der Ligarat sich der Auffassung des juristischen Komitees angeschlossen, dahingehend, daß die Ausschließung ungarischer Vertreter von den Untersuchungskommissionen in keiner Weise die Rechte eines Ligamitgliedes unter den Statuten beeinträchtige.

Zum Schluß bemerkt der Rat, die durch den Vertrag zugelassenen Untersuchungen würden im Geiste der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit vorgenommen werden.

145,000 Arbeitslose in Oesterreich

Wien, 2. Februar. — Aus dem letzten Bericht des Generalkommissars Dr. Zimmermanns geht hervor, daß die Sanierungsaktion, von Mitte November bis Ende Januar einen empfindlichen Ausfall der Staatseinnahmen mit sich brachte. Später trat überraschenderweise eine plötzliche Besserung in den Eingängen ein, die jetzt anhält.

Wie ungünstig der Stand der Finanzen im Monat Dezember war, ist daraus ersichtlich, daß Finanzminister Dr. Ahrer genötigt war, bei Dr. Zimmermann um die Freigabe eines Betrages von 150 Milliarden Kronen anzusuchen, die die Staatsverwaltung zur Bezahlung der Beamten benötigte. Dr. Zimmermann wies dies Ansuchen ab, schließlich kam jedoch eine Einigung zustande, auf Grund welcher Dr. Zimmermann einen Vorschuß von 75 Milliarden ausfolgte, der aber infolge der gebesserten Lage nur zu einem geringen Teil in Anspruch genommen werden mußte.

Der Generalkommissar berichtet, daß im November v. J. 22,700,000,000 Papierkronen für Elektrizität und der Bundesbahn aus dem Völkerbundkredit freigegeben wurden, so daß die bis zum Ende des Jahres 1924 im Bundes-Finanzgesetz vorgesehene Summe von 146,700,000,000 Kronen genau erreichten. Der noch vorhandene Rest des Völkerbundkredites beläuft sich auf rund 12,500,000,000 Kronen (ungefähr 60 Millionen Dollar).

Die industrielle Bezirkskommission hat in der ersten Januarwoche festgestellt, daß die Zahl der Arbeitslosen in Wien und Umgebung 71,000 betrage. Da die Zahl der Arbeitslosen im übrigen Oesterreich mindestens ebenso hoch zu schätzen sei, so ergebe sich eine Gesamtziffer von 145,000, die sich bereits bedenklich der Höchstziffer der Arbeitslosen in Oesterreich seit der Einleitung der Sanierungsaktion nähern, die im März 1923 169,000 betragen habe.

Dr. Luthers Verteidigung gegen Herriots Anklage

Vorlage des Beweismaterials verlangt.

Berlin, 2. Feb. — Bei einem Empfang der in der Reichshauptstadt anwesenden Vertreter der ausländischen Presse erwiderte Reichskanzler Dr. Luther auf die von Premier Herriot in der Rede in der Abgeordnetenkammer am letzten Mittwoch gegen Deutschland erhobenen Beschuldigungen. Er bestritt, daß Deutschland Geheimrüstungen betreibe und daß es eine Gefahr für die Sicherheit Frankreichs bilde. Indem er meinte, es sei möglich, daß bei Erfüllung der Entwaffnungsverpflichtungen einige geringe Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, stellte er die Frage:

„Ist Herriot gewiß, daß nördliche Rheinland sofort zu räumen, wenn die möglichen Verfehlungen unserer Entwaffnungsverpflichtungen festgestellt sind?"

Demgegenüber, seiner Rede erklärte der Reichskanzler, es nachkriegsgefährliche Verhältnisse zu so lange aufrechterhalten als die Wiedergutmachung ein politisches Problem behandelt wurde. Die Londoner Konferenz habe diese Frage aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nachdem die einzelnen Parteien beim grünen Tisch sich eingefunden hatten, sei der Dawes-Plan angenommen und damit die Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas gegeben worden. Aber die Londoner Konferenz sei nicht bloß eine wirtschaftliche gewesen. Deutschland hatte erwartet, daß eine neue Epoche anbrechen würde in der alle Probleme durch gemeinschaftliche Beratung und Vereinbarung gelöst würden. Er glaube, der neue Konflikt über die Räumung des Kölner Brückenkopfes könnte bald beigelegt werden, wenn man die Londoner Methode eines vertraulichen Meinungsaustausches anwenden würde. Die versuchte Lösung des Konfliktes durch einen öffentlichen Notenaustausch erweckte in Deutschland Erinnerungen an die französischen Methoden. Die Konflikte seien Kriegs- bei Streitfragen zu Tage gekommen.

Der Reichskanzler prophezeite entgegen dagegen daß man gegen Deutschland Beschuldigungen erhebe, ohne solche Daten hierüber mitzuteilen und der Regierung Gelegenheit zu geben, sie zu prüfen und zu widerlegen.

„Die Alliierten maßen sich das Recht an, uns so zu behandeln, als ob auf vor den Schranken des Gerichtes standen. Man tritt über uns den Schuldspruch, ohne daß wir weder die Anklage noch das Beweismaterial kennen."

Auf die von Premier Herriot in der Mittwochrede vorgebrachten Beschuldigungen eingehend, sagte der Reichskanzler: selbst wenn es wahr wäre, daß einige tausend Studenten eine kurze militärische Ausbildung erhielten, wäre das belanglos, da Deutschland keine Waffen habe. Der angeblichen Aufhäufung von Kriegsmaterial komme ebenfalls keine Bedeutung beigelegt werden, wenn berücksichtigt wird, wieviel Kriegsmaterial auf Anordnung der Alliierten zerstört oder vernichtet wurde. Der Reichskanzler bemerkte jedoch, falls wirklich eine Verletzung in der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen bewiesen werden sollte, würde die Regierung sofort eingreifen und Abhilfe schaffen.

Hinsichtlich des Militärproblems sagte der Reichskanzler, die innere Lage Deutschlands verlange eine gut geordnete und tüchtige Polizei, um-

(Fortsetzung auf Seite 5)

Deutsche Republik gesichert

Deutschland braucht Kolonien

Kassel, 2. Februar. — Hermann von Gerlach, der bekannte Verfasser Schriftsteller und Pazifist, hielt unter den Auspizien der Belgischen Abteilung der Liga für die Menschenrechte einen Vortrag und erntete tosenden Beifall als er erklärte, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes friedlich und republikanisch gesinnt sei.

Er nahm aus den deutschen Monarchisten, sehte es war allen auf einem geeigneten Thronkandidaten, der der frühere Kaiser die Berechtigung nicht genügend angelebten und populär sei und Kronprinzen Rupprecht von Bayern es abgelehnt habe, den Kaiserthron anzunehmen.

Von Gerlach bestritt, daß Deutschland bedingungslos in die Völkerbund eintreten sollte, fügte aber hinzu, daß Deutschland wenigstens ein Mandat über Kolonien erhalten müsse, da Kolonien für Deutschland unerläßlich seien. Deutschlands gegenwärtige wirtschaftliche Lage setzte er in Parallele zu der Lage Frankreichs unter der Präsidentschaft von MacMahon, welcher von 1873 bis 1879 an der Spitze der französischen Republik gestanden habe, ohne seine Hoffnung auf eine Rückkehr der Monarchie verzichten zu können. Daran knüpfte von Gerlach die Forderung, daß die Führer der deutschen Republik gegen die Monarchisten zum Besten des Friedens und der Wohlfahrt bemühen sollten, und schloß mit einem Appell für ein Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich.

Abgesehen von einigen kleineren Zwischenfällen nach dem Vortrag ist die Versammlung selbst ruhig verlaufen. Graf Vandervelde, der zum Vorsitzenden Ausschuß gehörte, hatte einen Sitz auf der Plattform und Professor Wilmotte und Präsident Rollin von der Belgischen Abteilung der Liga für Menschenrechte beteiligten sich an der Debatte, welche auf den Vortrag folgte.

Unser neuer Roman

„Das Geheimnis vom Brinkmerhof"

Von Erich Ebenstein.

Bei diesem Roman hat man es mit einer Kriminalgeschichte nicht alltäglicher Art zu tun. Auf dem Brinkmerhof ist der betagte Besitzer ermordet worden. Es fehlt anfangs jegliches Verdachtsmoment. Die Behörden stehen vor einem vollständigen Rätsel. Es werden Verhaftungen vorgenommen und mit den Festgenommenen scharfe Verhöre geführt. Schließlich verdichten sich die Verdachtsmomente auf mehrere Angehörige des Ermordeten, die dann auch auf Grund von Scheinbeweisen von den Geschworenen zu vieljähriger Zuchthausstrafe verurteilt werden. Ein Anverwandter des Ermordeten läßt aber die Angelegenheit nicht ruhen und forscht weiter. Sein Verdacht richtet sich auf einen Bauunternehmer, dem er schließlich seine Verdachtsgründe ins Gesicht schleudert. Der so Beschuldigte zeigt darüber höchste Ueberraschung, vermag aber nachzuweisen, daß er als Täter nicht in Frage kommt. Der Bauunternehmer wird nun zum Mithelfer bei der Ermittlung des Täters. Lange bleibt es aber unmöglich, diesen herauszufinden. Schließlich gelingt es einer Verwandten des Ermordeten, einem stillen, in sich gekehrten Mädchen, dessen Verlobter mit zu den Verurteilten gehört, den Mörder zu stellen. Die Art, wie dieses geschieht, ist überraschend und ganz unerwartet.

Der Roman ist einer der spannendsten, der je geschrieben wurde, und dürfte alle Leser fesseln. Die in dem Roman behandelte Materie wird dadurch noch verwickelter, daß ein Schwachsinniger mitverdächtigt wird, der völlig irreführende Angaben macht.

Wir beginnen mit dem Abdruck des Romans in der nächsten Nummer des „Courier". Wer noch nicht Abonnent unseres Blattes ist, sollte es sofort bestellen, damit jeder die neue Geschichte von Anfang bis zu Ende verfolgen kann.